

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE WIRKUNGEN STEIGENDER GESUNDHEITSAUSGABEN

Politische Würdigung der INFRAS-Studie von Marie-Thérèse Weber-Gobet,
Nationalrätin CSP Kt. FR

Der Titel der vorliegenden Studie hat an und für sich nichts Provokatives an sich. Neutral formuliert, lässt er alles offen. Trotz allem regt er an – vielleicht sogar auf.

Warum? Er enthält das Potenzial zu einem Ergebnis, das ein eigentliches Tabu-Thema ist: Gesundheitsausgaben als positiver Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

In der Öffentlichkeit und im politischen Umfeld stehen die jährlich steigenden Gesundheitsausgaben eigentlich nur am Pranger. Der vorliegenden Studie kommt das Verdienst zu, das obenerwähnte Tabu gebrochen zu haben.

Die Studie weist tatsächlich nach, dass steigende Gesundheitsausgaben sich nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern auch langfristig positiv auf die Schweizer Wirtschaft auswirken.

Allerdings - und das erlaube ich mir hier festzuhalten – ist dieses Ergebnis nicht ganz ohne Vorbehalte zur Kenntnis zu nehmen. Beispielsweise konnte die Studie verschiedene Fragestellungen nicht einbeziehen, weil sie den Rahmen des Auftrags gesprengt hätte. Auch war eine umfassende Datenbeschaffung aufgrund fehlender zuverlässiger Datenbanken nicht möglich.

Trotz allem darf aufgrund dieser Studie die These vertreten werden, dass Gesundheitsausgaben nicht per se schlecht sind.

Eine These, die herausfordert – auch und vor allem die Politik. Denn diese versucht doch schon seit geraumer Zeit, im Sinne der gegenteiligen These zu handeln. Das Motto heisst: „Stopp den steigenden Gesundheitsausgaben!“

Lassen sie mich nun auf einige Teilergebnisse der Studie kurz reagieren.

Als Sozialpolitikerin fühle ich mich vor allem sozial- und bildungspolitisch herausgefordert.

Sozialpolitisch: Weil die Studie in Sachen Verteilungswirkung klar feststellt, ich zitiere S.5: *„Die Belastung durch Gesundheitsausgaben ist am höchsten bei Haushalten mit tiefem Einkommen und bei Haushalten mit Kindern, Prämienverbilligungen reduzieren die Belastungsunterschiede zum Teil.“*

Dieses Ergebnis muss jede PolitikerIn aufhorchen lassen. Gerade auch auf dem Hintergrund der Ergebnisse einer letzte Woche veröffentlichten Studie zur Situation des Mittelstandes in der Schweiz, welche das Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS) im Auftrag des Verbandes Angestellte Schweiz durchgeführt hat. Im Zentrum dieser Studie stand die Frage „Wie hat sich die finanzielle Lage des Mittelstandes in der Schweiz seit 2000 verändert?“ Das Fazit der Untersuchung ist, dass die verfügbaren Daten eine weitgehende Stagnation und vor allem für den unteren Mittelstand eine relative Verschlechterung zeigen. Dem Mittelstand geht es finanziell im Vergleich zur bessergestellten Bevölkerungsschicht kaum besser als vor 20 Jahren. Der untere Mittelstand steht sogar schlechter da und die Einkommensungleichheit hat zwischen 2006 und 2008 zu Lasten des Mittelstandes zugenommen.

Dieses Ergebnis beinhaltet sozialpolitischen Zündstoff und muss gerade auch im Kontext der steigenden Gesundheitsausgaben vermehrt Berücksichtigung finden.

In diesem Sinne sind zwei parlamentarische Initiativen meiner Kolleginnen Ruth Humbel Näf und Susanne Leutenegger Oberholzer zu erwähnen, die eine Prämienbefreiung für Kinder verlangen. Ein wichtiges Element sind zudem die Prämienverbilligungen, welche die Kantone in föderalistischer Manier vergeben. Allerdings ist auch hier grosser Handlungsbedarf. Fragen wie: Wie gerecht ist diese Verbilligung für die Gesamtheit der Schweizer Bevölkerung? Wo sind die Grenzen der staatlichen Bezuschussung – mein Kanton hat soeben beschlossen, für das kommende Jahr 13 Mio. Franken mehr für die Prämienverbilligung zur Verfügung zu stellen?

Meine Forderung: Im Zusammenhang mit den steigenden Gesundheitsausgaben und den positiven Effekten, die sie auf die Volkswirtschaft haben können, müssen alle zukünftigen Massnahmen im Bereich der Gesundheitspolitik die Verteilungswirkung stärker berücksichtigen – insbesondere die Wirkung auf den unteren Mittelstand.

Bildungspolitisch: Die INFRAS-Studie weist aus, dass steigende Gesundheitsausgaben (aufgrund von Mengenwachstum) bei gleichzeitigem Rückgang der Nachfrage nach anderen Gütern im selben Umfang in der aktuellen Wirtschaftsstruktur unseres Landes kurz- und mittelfristig eindeutig zu positiven Wirkungen auf BIP und Beschäftigung führen.

Auf dem Hintergrund der Tatsache, dass sich im Schweizer Gesundheitswesen, namentlich in Schweizer Versorgungseinrichtungen, die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage an Gesundheitspersonal immer stärker öffnet, besteht Handlungsbedarf, wenn die positive Wirkung auf Beschäftigung realisiert werden soll.

Der kürzlich veröffentlichte Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) zum Thema „*Ausländisches Gesundheitspersonal in der Schweiz*“ zeigt auf, dass die Gesundheitssysteme der Industrie- wie auch der Entwicklungsländer derzeit mit einem zunehmenden Mangel an Gesundheitsfachkräften konfrontiert sind. Die Rekrutierung im Ausland ist nur ein kurzfristiger Lösungsansatz und macht abhängig und verwundbar. Der bereits bestehende Wettbewerb um die Fachkräfte zwischen den Gesundheitssystemen der verschiedenen Länder verschärft sich. Deshalb sind Massnahmen zu ergreifen in den Bereichen: nationale Nachwuchsausbildung, Rekrutierungskapazität des Nachwuchses, Bindung des beschäftigten Personals ans Gesundheitswesen (Arbeitsbedingungen, Löhne), langfristige strategische Planung des Bedarfs und der Personalbestände. Damit Massnahmen in all diesen Bereichen auch tatsächlich greifen können, braucht es eine Gesamtstrategie und nationale Koordination aller betroffenen Akteure, die heute in der Schweiz noch fehlt.

Ich habe für die heutige Fragestunde einen entsprechenden Vorstoss eingereicht und bin gespannt auf die Antwort des Bundesrates von heute Nachmittag.

Erlauben Sie mir abschliessend noch zwei Bemerkungen: Der grösste Wermutstropfen der die vorliegende Studie bei mir hinterlässt, ist der Umstand, dass die Opportunitätskosten nicht berücksichtigt werden konnten. Es wäre deshalb falsch nun als PolitikerIn den Schluss zu ziehen, in Zukunft anstatt gegen steigende Gesundheitskosten für steigende Gesundheitskosten einzutreten. Die Studie zeigt ein Bild mit mehreren Facetten und entsprechend differenziert gilt es politisch drauf zu antworten.

Und schliesslich muss vehement kritisiert werden, dass in der Schweiz Transparenz und Datenbasis im Gesundheitswesen – und in anderen Bereichen - scheinbar sehr schlecht sind. Alle drei Studien auf die ich heute hingewiesen habe, machen diesen Missstand geltend. Hier liegt noch viel Verbesserungspotenzial.

Schmitten, 13. Dezember 2010
Marie-Thérèse Weber-Gobet